Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 610 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 M. Durch die Post bezogen 3.50 M. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 M. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen Halescher Courier (tägl. Familienblatt), Illustrirtes Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig, Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils für jede Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20612

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609

Donnerstag, 21. Dezember 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Lloyd Georges Rede im Unterhaus

In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir bereits den uns bis zum Redaktionsschluß vom Wolffschen Bureau nur langsam stückweise übermittelten Anfang der ausführlichen Wiedergabe der Rede Lloyd Georges veröffentlicht. Heute lassen wir den Schluß folgen.

London, 19. Dezember. Lloyd George fuhr fort: Diese Note und die Rede beweisen, daß noch nicht das einfache ABC der Achtung für die Rechte Anderer gelernt haben. Ohne Genugtuung (!) ist ein Friede unmöglich. Sollen alle diese Freveltaten gegen die Menschlichkeit zu Lande und zur See durch ein paar fromme Phrasen über die Menschlichkeit wieder gutgemacht werden? Sollen sie keine Rechenschaft dafür ablegen? Sollen wir die Hand, die diese Grausamkeiten begangen hat, in Freundschaft ergreifen, ohne daß die Genugtuung angeboten oder gegeben wird, welche Deutschland uns zu erzwingen überlästt für jede zukünftige Verletzung, die nach dem Kriege begangen wird? Wir haben bereits damit begonnen. Es hat uns viel gekostet. Wir müssen sie jetzt so erzwingen, daß wir nicht unseren Kindern eine sehr schlimme Erbschaft hinterlassen, so sehr wir uns alle nach dem Frieden sehnen und so tiefen Abscheu wir auch vor dem Kriege empfinden. Diese Note und die Rede, die sie verkündet hat, gewähren uns keine große Ermutigung und Hoffnung auf einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden. Welche Hoffnung wird in dieser Rede geboten, daß die ganze Wurzel und Ursache dieser großen Trübsal und der anmaßende Geist der preußischen Militärkaste nicht ebenso vorherrschend sein wird wie jetzt, wenn wir jetzt den Frieden zusammenstümpern? Nachdem Lloyd George betont hatte, daß diese Rede, in der der Friedensvorschlag angeregt wurde, widerrechtlich habe von dem Ruhme des preußischen militärischen Triumphes, erklärte er: Wir müssen unser Auge fest auf das Ziel gerichtet halten, für das wir in den Krieg eingetreten sind, sonst wird das große Opfer, das wir gebracht haben, vergeblich sein. Die deutsche Note erklärt, nur für die Verteidigung ihrer Existenz und für die Freiheit ihrer nationalen Entwicklung hätten die Mittelmächte sich gezwungen gesehen, die Waffen aufzunehmen. Solche Phrasen schwagen selbst diejenigen, welche sie niederschreiben. Sie sollen das deutsche Volk dazu verleiten, die Pläne der preußischen Militärkaste zu entragen, welche stets wünscht, der nationalen Existenz Deutschlands oder der Freiheit seiner nationalen Entwicklung ein Ende zu machen. Wir heißen ihre Entwicklung, so lange sie auch war, auf den Pfaden des Friedens willkommen. Die Alliierten sind in diesen Krieg eingetreten, um Europa gegen den Angriff der preußischen Militärherrschaft zu verteidigen, und da sie ihn begonnen haben, müssen sie darauf bestehen, daß das einzige Ende die vollständigste und wirksamste Bürgschaft gegen die Möglichkeit sein muß, daß diese Kaste niemals wieder den Frieden Europas stört. Preußen war, seitdem es in den Händen dieser Kaste ist, ein schlimmer, anmaßender, drohender, eisenfressender und die Verträge nach seinem Gutdünken ändernder Nachbar, der ein schönes Gebiet nach dem anderen seinen schwächeren Nachbarn mit seinem prahlerisch mit Angriffswaffen gefüllten Gürtel wegnahm und jeden Augenblick bereit war, kundzutun, daß es diese Waffen gebrauchen wolle. Es war immer ein unangenehmer, ruhestörender Nachbar in Europa. Es ist für diejenigen, welche tausend Meilen entfernt leben, schwer zu verstehen, was es für diejenigen bedeutet, welche in der Nähe leben. Selbst wir mit dem Schutz des breiten Meeres zwischen uns wissen, welch ein unruhiger, störender Faktor die Preußen waren, mit ihrer wachsenden Bedrohung zur See. Aber selbst wir können kaum begreifen, was dies für Frankreich und Rußland bedeutet. Jetzt, da dieser Krieg von den Führern der preußischen Militärpartei Frankreich, Rußland, Italien und uns selbst aufgezwungen worden ist, würde es eine große Torheit sein, nicht darauf zu sehen, daß dieses Säbelrasseln in den Straßen Europas und diese Beunruhigung aller harmlosen und friedfertigen Bürger jetzt als Angriff auf das Völkerrecht behandelt werden muß. Das Wort allein, welches Belgien der Zerstörung preisgegeben hat, wird Europa nicht mehr befriedigen. Wir alle glaubten ihm, wir alle vertrauten ihm. Es gab unter dem ersten Druck der Versuchung nach, und Europa wurde in einen Strudel von Blut getaucht. Wir wollen deshalb warten, welche Bedingungen und Bürgschaften die deutsche Regierung nun bietet, andere als die, bessere als die, und sicherere als die, welche sie so leicht gebrochen hat. Bis dahin wollen wir unser Vertrauen lieber in ein ungebrochenes Heer, als in ein gebrochenes Wort setzen. Für den Augenblick glaube ich nicht, daß es für mich ratsam sein würde, etwas auf die besondere Einladung hinzuzufügen. Die formelle Antwort wird von den Alliierten im Laufe der nächsten Tage gegeben werden.

Lloyd George wandte sich dann dem zu, was er als bringende Aufgabe bezeichnete, der die Regierung gegenüberstehe, nämlich die Mobilisation zu vervollständigen und wirksamer zu machen. Alle unsere nationalen Hilfsmittel für die Mobilisation, so führte er aus, welche seit Beginn des Krieges ins Werk gesetzt worden sind, waren berat, daß sie die Nation befähigen sollten, die Anstrengungen zu tragen, so lange sie auch dauern würden und durchhalten, bis zum Siege, wie lange und erschöpfend auch immer die Anspannung sein mag, und wäre das eine gigantische Aufgabe. Ich spreche die Warnung aus: Wenn es jemanden gäbe, der neuen Verwaltung in Erwartung des baldigen Sieges sein Vertrauen gegeben hat, so werde er zu einer Enttäuschung verurteilt sein. Eine höhere Schätzung der militärischen Lage würde keine der Wahrheit entsprechende Schilderung sein, aber er habe eine ernste Schilderung zu geben, weil er diese Tatsachen genau darlege und er hoffe immer darauf abzielen, daß die Nation geleitet werde, die wirklichen Tatsachen des Krieges in Rechnung zu ziehen, weil er es für richtig hatte, daß diese Mißverständnisse aus übertriebenen Ansichten entstanden seien, die über die Erfolge sich gebildet hätten und aus der Neigung, tatsächliche Rückschläge als Kleinigkeiten zu behandeln. England habe immer sich dann am besten beraten geschienen, wenn es sich einer wirklichen Gefahr gegenübersah und sie verstand. Lassen Sie uns, fuhr Lloyd George fort, für einen Augenblick auf das Schlimmste sehen. Der rumänische Mißerfolg war ein Unglück, aber schlimmstenfalls verlängert er den Krieg, verändert aber nicht die grundlegenden Tatsachen des Krieges. Ich kann sogar hoffen, daß er heilsame Folgen hat, indem er die Aufmerksamkeit der Verbündeten auf die offensichtlichen Fehler in der Organisation der Verbündeten lenkt und nicht nur auf die Organisation im ganzen. Wenn er dies tut, und zu neuen Anstrengungen anspornt, so kann er, so schlecht er an und für sich ist, ein Glück sein. Das aber ist das Schlimmste: Es war ein wirklicher Rückschlag und es ist eine einzine, plötzliche dunkle Wolke, die dunkelste Wolke, welche erschien am aufklärenden Horizont. Wir tun das Beste, um unmöglich zu machen, daß dieses Unglück zu Schlimmerem führt. Das ist der Grund, warum wir in den letzten Tagen diese sehr kräftige Aktion in Griechenland unternommen haben. Wir wollen dort keine Gefahr laufen. Wir haben uns entschieden, einen endgiltigen, entscheidenden Schritt zu tun und ich glaube, er ist geglückt. — Lloyd George fuhr fort: Der Feind hat gesehen, wie unter seinen Augen Armeen entstanden sind. Die Soldaten wurden bereits Veteranen. Auf diesen Tatsachen beruht unsere Größe. Ich bin von unserem endgiltigen Siege heute ebenso überzeugt, wie je, wenn sich die Nation ebenso ausdauernd und tapfer und bereit erweist, Opfer zu bringen und auszuharren, wie die große Armee an der Somme.

Lloyd George wandte sich darauf der inneren Lage zu und sagte, er wolle alles vermeiden, was Streit oder Uneinigkeit hervorrufen könnte. Die Berichte, die über die Bildung des neuen Kabinetts veröffentlicht wurden, seien unvollständig. Das Charakteristische des neuen Kabinetts bestehe darin, daß die Exekutive in wenigen Personen vereinigt sei, und daß alle Minister mehr nach ihrer Verwendung und Geschäftserfahrung, als nach ihrer parlamentarischen Erfahrung ausgewählt worden seien und die Arbeiterpartei eine stärkere Vertretung erhalten habe. Es sei unmöglich, den Krieg zu führen, ohne die vollständige und unbeschränkte Unterstützung der Arbeiterschaft zu besitzen. Das frühere Regierungssystem sei für Friedenszeiten geeignet gewesen. Das neue Kabinett sei auf den Krieg zugeschnitten, wo vor allem anderen schnellere Entscheidungen erforderlich seien. Die Alliierten hätten bisher durch Langsamkeit des Entscheidens und des Handelns Unglück auf Unglück erlitten. Das neue System stelle jedoch nicht etwa einen Versuch dar, der vollständigen obersten Kontrolle des Parlaments irgendwie Abbruch zu tun.

Die Schiffahrt sei nie so wesentlich für die Nation gewesen, wie jetzt, und die Zeit sei gekommen, um eine vollständige Kontrolle über alle britischen Schiffe einzurichten und sie etwa in dieselbe Stellung zu versetzen, wie die Eisenbahnen, so daß die Schiffahrt für die Dauer des Krieges verstaatlicht würde. Die enormen Gewinne aus den Frachten seien teils an den hohen Preisen der Lebensmittel schuld und erschwerten der Regierung, die Arbeiterorganisationen zum Verzicht auf ihre Vorrechte zu bewegen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, dem Hause bald einen Plan vorlegen zu können, um den vorhandenen Schiffsraum besser auszunützen und den Bau neuer Schiffe zu beschleunigen. Lloyd George führt fort:

Das Lebensmittelproblem ist zweifellos ernst und muß sofort in Angriff genommen werden. Die Welternte an Getreide hat versagt. Die Ausfuhrmöglichkeit aus Amerika und Kanada ist in hohem Maße eingeschränkt. Argentinien gibt schlechte Erntehoffnungen, Rußland kann nichts ausführen und die australische Ausfuhr macht fast prohibitive Transportschwierigkeiten. Die englische Ernte ist gering und die Neuerstellung beträgt anscheinend zur drei Achtel des Durchschnittes. Die Frühjahrsbestellung wird den Ausfall nur in gewissen Grenzen decken können. Unter diesen Umständen ist die U-Bootgefahr nicht die wichtigste. — Lloyd George sprach über die Notwendigkeit, die Produktion und die Verteilung der Lebensmittel unter Kontrolle zu nehmen. Zugleich aber müsse die ganze Nation auf Luxus und Wohlleben verzichten. Laßt uns, rief er aus, eine nationale Fastenzeit während des Krieges ausschreiben, und die Nation wird geistig, moralisch und körperlich um so besser und kräftiger dastehen. Unsere Armeen mögen den Feind aus Frankreich und Belgien vertreiben und ihn über den Rhein jagen, aber wenn nicht die Nation als Ganzes einen Teil der Lasten des Krieges auf ihre Schultern nimmt, so wird sie auch aus dem Triumph keinen Nutzen ziehen. Nicht, was eine Nation gewinnt, macht sie groß, sondern was sie hergibt. Es dürfte nicht geduldet werden, daß ein Teil der Nation ungewöhnlich hohe Gewinne aus diesen Opfern ziehe. Die Regierung hält drastische Schritte für notwendig und ihre Pläne würden demnächst bekanntgemacht werden. Lloyd George erklärte, die Mobilisation der Arbeiterreserven sei unausbleiblich. Ohne das könne man nicht auskommen. Das sei keine Frage von Jahren sondern von Monaten und vielleicht von Wochen, und wenn die Arbeitskräfte der Nation nicht auf das Beste ausgenützt würden, sei der Sieg unerreichbar. Die Regierung müsse die Macht haben, zu bestimmen, daß jedermann, der nicht im Heere sei, an Arbeiten nationaler Bedeutung teilnehme. Die bisherige Organisation sei unvollkommen gegenüber dem Feinde, der nicht nur von seinem unzweifelhaften Rechte über die eigene Bevölkerung Gebrauch mache, sondern die bisher in der zivilisierten Kriegführung unbekannte Praxis eingeführt habe, die Zivilbevölkerung besetzter Gebiete hinwegzuführen, um die Lücken der eigenen Arbeiterschaft auszufüllen. In England seien noch tausende von Leuten in Industrien tätig, die den Reichtum daheim verzehrten und den Kredit im Auslande nicht verstärkten. Wir haben Interesse, fuhr Lloyd George fort, sie in national wichtigere Betriebe überzuführen. Die Regierung beabsichtige, sofort einen Direktor des Nationaldienstes einzusetzen, der die allgemeine Dienstpflicht sowohl nach der militärischen, als nach der bürgerlichen Seite regeln solle. Lloyd George kündigte an, daß der Lord-Major von Birmingham Neville Chamberlain das Amt eines Generaldirektors des Nationaldienstes angenommen habe. Wenn das Parlament nach einigen Wochen wieder zusammentrete, würde hoffentlich eine genügende industrielle Armee zusammengebracht sein, um die gesamten Arbeitskräfte der Nation für die Kriegszwecke zu mobilisieren. Lloyd George sagte sodann, die Regierung werde sich bemühen, eine günstige Stimmung herbeizuführen, die für die Lösung der irischen Frage wesentlich sei. Die Regierung beabsichtige ferner, möglichst bald eine Reichskonferenz einzuberufen. Was die Beziehungen unter den Verbündeten betreffe, so sei die Einheit des Zieles erreicht, aber die Einheit des Handelns lasse noch vieles zu wünschen übrig. Er wolle nur auf Rumänien verweisen. Die Verbündeten hätten nicht die Vorteile ihrer Gegner, daß eine Macht die gesamten Streitkräfte leite. Die Verbündeten müßten daher dieses Ziel mit anderen Mitteln erreichen. Wenn die Verbündeten ihre enormen Hilfsquellen voll ausnützen wollten, so müßten die Entschlüsse schneller ausgeführt werden. Das sei nicht unmöglich. Zwischen den Männern, welche die Dinge leiten, müßten mehr Beratungen und mehr wesentliche Beratungen stattfinden. Es dürfe nicht jedes Land glauben, daß es sich nur um seine eigene Front zu kümmern brauche. Die Politik der gemeinsamen Front müsse zur Wirklichkeit werden. Der Feind sei sich über diese Politik ganz klar, aber England müsse sie mehr und mehr zur Wirklichkeit machen, anstatt auf der einen Seite eine überwiegende Menge von Geschützen, auf der anderen Seite kranke Leiber zu haben.

Lloyd George schloß mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er sich von Asquith habe trennen müssen. In einem langen, heftigen Kriege käme es vor, daß Männer in der Leidenschaft des Konflikts die hohen Ziele vergäßen, mit denen sie in den Krieg gegangen seien. Dieser Kampf sei ein Kampf für das Völkerrecht, für die nationale Ehre und für den nationalen guten Glauben. Die Dämme, welche Generationen von Männern gegen die Barbarei aufbauten, seien durchbrochen. Wäre nicht die Macht Englands in die Bresche getreten, so wäre Europa von einer Flut von Barbarei und ungezähmter Machtgier überschüttet worden. Der Triumph Preußens würde dazu führen, daß die Schwachheit hilflos im Sumpfe stecken bliebe. Deshalb konnte ich, sagte Lloyd George, seit Anfang des Krieges nur ein Ziel, nämlich die Errettung der Schwachheit von der überwältigenden Katastrophe, die ihre Wohlfahrt jemals bedroht hat.

Asquith sagte: Deutschland hat sogenannte Friedensvorschläge gemacht, die sich in dem bekannten Dialekt preußischer Arroganz bewegen. Wie kommt es, daß die Macht, die ihrer militärischen Ueberlegenheit und des endgültigen Sieges gewiß zu sein behauptet, nach zwei Jahren aller Welt „Frieden!" zuruft? Ist es ein plötzlicher Anfall von Ritterlichkeit, wenn der deutsche Reichskanzler so empfindlich gegen die Gebote der Humanität wird? Wir müssen den Ursprung dieser Friedensvorschläge anderswo suchen. Sie sind aus der militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit entstanden. Wir alle sehnen uns nach Frieden, aber es muß ein ehrenhafter, kein klapper Friede sein. Er darf kein zusammengeflicktes unsicheres Kompromiß sein. Es muß ein Friede sein, der das Ziel erreicht, für das wir in den Krieg gegangen sind. Einen solchen Frieden werden wir mit Freuden annehmen, jeden anderen nötigen uns alle Verpflichtungen der Ehre und unsere Schuld gegenüber den Gefallenen, zurückzuweisen. Ich erkläre offen und nachdrücklich: Ich sehe in der Note der deutschen Regierung nichts, was mir den geringsten Grund zur Annahme bietet, daß sie gewillt wäre, den Verbündeten Genugtuung und Sicherheit zu gewähren. Wenn sie bereit ist, uns Genugtuung für die Vergangenheit und Sicherheit für die Zukunft zu geben, so möge die deutsche Regierung es sagen!

Der Friedensvorschlag des Vierbundes wird abgelehnt

Paris, 19. Dez. In seiner Antwort auf die Rede Berangers erklärte Briand, die Stunde sei fortdauernd ernst. Frankreich sei über andere schwierige Stunden hinweggekommen, z. B. über Verdun. Es sei nicht durchgedrungen, aber sei denn Deutschland in Frankreich durchgedrungen? Seit seinem Mißerfolg an der Marne und an der Yser sei es der endgültigen Niederlage verfallen. Die Deutschen hätten ihre Siege durch die Offensive von Verdun angekündigt. Die französisch-englische Offensive an der Somme hätte ihnen eine große Enttäuschung gebracht. Italien sei Gegenstand eines furchtbaren Angriffs gewesen; die Russen aber brachen auf und entlasteten Italien. Briand fuhr fort: Das sind einige Beispiele der übereinstimmenden Zusammenarbeit der Alliierten. Auf eine Anfrage, wer den deutschen Frieden vorschlug,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612212-12/fragment/page=0001

erklärte Briand: Morgen wird eine vereinbarte Antwort erteilt werden, und sie wird in ganz klarer Weise bekanntgeben, daß die Vorschläge der Mittelmächte unmöglich ernst genommen werden können. Wenn Deutschland im Augenblick, wo es sämtliche letzten Reserven seiner Bevölkerung aufbietet und die Bevölkerung von Belgien und Polen zwangsweise verschickt, wenn Deutschland in dem Augenblick, wo es im Osten Erfolg hat, die Gewißheit des Sieges hätte, würde es einen solchen Vorschlag gemacht haben? Es sei eine Falle und ein Manöver. Deutschland macht jetzt schwierige Stunden durch. In seiner öffentlichen Meinung zeigen sich Schwanken und Wankelmut, und da erhebt sich Deutschland vor der Welt und sagt: Nicht ich habe diesen Krieg gewollt, er ist mir aufgenötigt worden. Es ist nicht mehr notwendig, zu zeigen, daß die alliierten Länder sich bis zum letzten Augenblick bemüht haben, den Frieden aufrechtzuerhalten. Der Krieg war von den Mittelmächten beschlossen, und sie stürzten sich in ihn von der Gewißheit getragen, daß sie siegen würden. Der Reichskanzler hat sogar gewagt, zu sagen, daß er sich um einen Fetzen Papier nicht zu kümmern brauche. Dieser Schrei nach Frieden ist ein Schrei der Schwäche und auch eine schlaue Handlung. Die Verbündeten sind fest entschlossen, diesem Manöver die einzige Antwort zu erteilen, welche es verdient. Frankreich hat dieses Manöver als eine Herausforderung angesehen und erklärt, daß die beste Antwort, die darauf zu erteilen war, der gestrige Sieg von Verdun ist. Die amtliche Antwort der Alliierten wird unserer Landes würdig sein.

Nach Taft liegt der Frieden noch in weiter Ferne

London, 19. Dez. Aus New-York wird der „Times" gemeldet, daß eine Anzahl amerikanischer Korrespondenten den Expräsidenten Taft nach seinem Urteil über die deutschen Friedensvorschläge gefragt habe. Taft antwortete, es gäbe sehr vieles, was nach seiner Meinung darauf hindeute, daß der Friede noch in weiter Ferne liege. Polen, die Stellung Belgiens und Serbiens seien schwierige Probleme. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten auf dem Wege zum Frieden seien aber augenblicklich Deutschlands Forderungen, welche, wie er glaubte, nicht ernstlich von den Mächten in Erwägung gezogen werden würden, die zusammen Deutschland bekämpfen.

Belgische Kriegsziele und deutsches Friedensangebot

Haag, 19. Dez. Der „Maasbode" bringt in einer Antwerpener Korrespondenz die bedeutungsvolle Mitteilung, daß belgische Regierungskreise, wie in Antwerpener belgischen Kreisen versichert wird, dem deutschen Friedensangebot gegenüber sich keineswegs ungünstig verhalten, da die belgische Regierung das Londoner Abkommen, keinen Sonderfrieden zu schließen, nicht mitunterzeichnet und daher freie Hand hat. „Wir erwarten von unserer Regierung, daß sie nicht a priori nein sagen wird, falls ihr Unterhandlungen vorgeschlagen werden, sondern daß sie zum mindesten auf diese oder andere Art sich unterrichten wird über die offiziellen deutschen Absichten bezüglich Belgiens. Wir wollen niemandes Vasall sein, niemand bedrohen, sondern frei, unabhängig, im eigenen Lande neutral leben. Falls uns Deutschland Vorschläge macht, die mit den Rechten eines souveränen unabhängigen Staates vereinbar sind, dann werden die meisten Belgier nicht einsehen, warum Belgien weitere Blutopfer bringen soll.

Auch Frankreich für freies Geleit?

Budapest, 20. Dez. Der „Pester Lloyd" meldet aus Wien: Die Gewährung freien Geleites für den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Tarnowski von englischer Seite bedingt noch keine vollkommene Erledigung der Angelegenheit. Bekanntlich hat sich die amerikanische Regierung an England und Frankreich wegen des freien Geleites gewandt. Es muß abgewartet werden, ob auch die französische Regierung ihrerseits das freie Geleit gewährt. Außerdem muß auch die Frage anderer als bloß auf die Person des Botschafters bezüglicher Sicherheiten ins Reine gebracht werden.

Zu Prokrowskys Rede

Budapest, 20. Dez. „Esti Ujsag" bringt eine Unterredung mit dem bulgarischen Generalkonsul in Budapest, Netkow, der erklärte: Uns Bulgaren, die wir die russischen Verhältnisse genau kennen, hat das energische Auftreten Prokowskys nicht überrascht. Seine Erklärung ist nur eine Wiederholung der Auffassung Tropows, der das Spiel der Entente noch immer nicht ganz verloren läßt. Hinter den Beschlüssen der Duma steht nicht das ganzrussische Volk. Wir wissen, daß in der Duma eine große Friedensströmung besteht, doch hat die Mehrheit es verstanden, die Minderheit zum Schweigen zu bringen. Die Opposition wurde von der Duma fern gehalten.

Ausländische Diplomaten zur Königskrönung in Ungarn

Budapest, 19. Dez. (Telunion.) An der ungarischen Königskrönung werden auch ausländische Diplomaten teilnehmen. Bis jetzt haben angemeldet: Deutschland 4, Bayern 2, Sachsen 2, Bulgarien 7, die Türkei 7, die Vereinigten Staaten 8, Spanien 3, Schweden 2, Holland 3, Norwegen einen, Griechenland 4, sowie verschiedene kleine Staaten je einen Vertreter. Die Diplomaten werden im Separatzug am 29. d. Mt. von Wien hierher reisen. Der österreichische Reichsrat wird durch 84 Mitglieder vertreten sein. Fremde Herrscher werden der Krönung nicht beiwohnen.

Vorbeugende Maßnahme gegen einen irischen Eisenbahnerstreik

Amsterdam, 20. Dez. Die britische Regierung hat die irischen Eisenbahnen in Staatsbetrieb genommen, um dem drohenden Streik im Süden und Westen vorzubeugen.

Weihnachtsgruß der Heimat an die Front

Der Vertrieb der Weihnachtspostkarten mit dem Geleitwort der Kaiserin durch den Vaterländischen Frauenverein hatte ein sehr erfreuliches Ergebnis. Nahezu zwei Millionen dieser Karten gelangten an unsere Lieben im Felde. Der Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenvereins bittet uns, darauf hinzuweisen, daß alle Karten, die bis zum 20. Dezember von den Zweigvereinen oder von den mit dem Vertriebe betrauten Verteilungsstellen, Schulen u. dgl. nicht abgesetzt worden sind, nunmehr ohne Bezahlung beliebig verteilt werden können. Die Zurücksendung der übriggebliebenen Karten an den Hauptverein oder die Verlagsfirma in Berlin ist hiernach nicht notwendig.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 20. Dezember, abends. (Amtlich.) An der Westfront und im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Im Nordteil der Dobrudsch hat sich der bis dorthin gewichene Gegner wieder zum Kampf gestellt.

Im Cernabogen sind nach starkem Feuer einsetzende feindliche Angriffe vor unseren Stellungen gescheitert.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 20. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Gegen unsere Stellungen am Mestecanesci-Abschnitt wiederholten die Russen gestern ihre heftigen Angriffe, die unter größten Feindesverlusten abgewiesen wurden.

An allen anderen Frontteilen hat sich nichts wesentliches ereignet.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Das neue österreichische Kabinett

Wien, 20. Dez. Wie verlautet, wird das neue Kabinett, wie folgt, zusammengesetzt sein: Präsidium und Leitung des Ackerbauministeriums Graf Clam-Martinitz, Ministerium des Innern Freiherr v. Handel, Handelsministerium Dr. Urban, Arbeitsministerium Freiherr v. Trnka, Kultus- und Unterrichtsministerium Freiherr v. Hussarek, Minister für Galizien Dr. Bobrzinsky, Landesverteidigung Freiherr v. Georgi, Finanzministerium Dr. v. Spitzmüller, Justizministerium Freiherr v. Schenk, Eisenbahnministerium Freiherr v. Forster, Minister ohne Portefeuille Dr. Baernreither.

Berlin, 21. Dez. Zur Bildung des Kabinetts Clom-Martinitz in Oesterreich wird in der „Voss. Ztg." gesagt: So wenig Spitzmüllers Name politisch etwas bedeutet, so hoch politisch klingt der Name des Grafen Clom-Martinitz. Man kennt ihn als einen energischen Hochkirchkraten, der ein starkes Oesterreich will, als einen Gegenspieler der Ungarn. Ob das neue Regime einen Kurswechsel mitbringt, oder ob man nur darauf schließen kann, daß sich kein kräftigerer Mann fand, muß abgewartet werden.

Zur Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes

Berlin, 20. Dez. Der vom Reichstag dem Kriegsamt beigegebene fünfzehngliedrige Ausschuß zur Mitwirkung bei der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes ist heute vormittag im Reichstag zum ersten Male zusammengetreten. Den Vorsitz führte der forstkritische Abgeordnete Gothein. Die Mitglieder des Ausschusses waren vollzählig erschienen. Vom Kriegsamt nahm der Leiter des Amtes, General Gröner, mit zahlreichen Referenten an den Beratungen teil. Auch das Reichsamt des Innern hat viele Beamte unter Führung des Unterstaatssekretärs Richter zu den Verhandlungen entsandt.

Hindenburg und die tierärztliche Bernsarbeit

Hannover, 20. Dez. Der Rektor und das Professoren-Kollegium der hiesigen Tierärztlichen Hochschule haben in außerordentlicher Sitzung einstimmig beschlossen, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Würde eines Doktor der Veterinär-Medizin ehrenhalber zu verleihen, um dadurch dem Dank feierlichst Ausdruck zu geben, den die tierärztliche Berufsarbeit dem Generalfeldmarschall für seine Anerkennung und Förderung schuldet. Hindenburg hat die ihm zugedachte Ehrung angenommen.

Oberleutnant z. S. Crompton aus englischer Gefangenschaft entlassen

Berlin, 20. Dez. (Privattelegramm.) Wie verlautet, ist Oberleutnant zur See Crampton aus englischer Gefangenschaft entlassen und als Austauschgefangener nach der Schweiz gebracht worden.

Französischer Heeresbericht

vom 19. Dezember nachmittags: Südlich der Somme versuchten gestern die Deutschen gegen Ende des Tages einen Handstreich gegen unsere Gräben nördlich von Silly. Eine Abteilung des Feindes, der es gelungen war, in eine unserer vorgeschobenen Stellungen einzudringen, wurde alsbald wieder zurückgeworfen. Auf dem rechten Ufer der Maas beschoß der Feind während der Nacht die Gegend von Louvemont und Chambrettes. — Von der übrigen Front nichts zu melden.

Flugdienst: Am 17. Dezember sind zwei deutsche Flugzeuge durch unsere Flieger an der Verdunfront abgeschossen worden. Eines der feindlichen Flugzeuge fiel auf L'Herbebois nieder, das andere zerschellte bei Ornes auf dem Boden. In der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember warfen unsere Bombenwerfergeschwader 600 Kilo Geschosse auf die Bahnhöfe von Dun-sur-Meuse und Montmédy und auf Lager bei Agannes ab.

Vom 19. Dezember abends: Der Artilleriekampf war auf dem rechten Ufer der Maas lebhafter, besonders in der Gegend von Bezonvaux, dem Caurières-Walde und von Chambrettes. Keine Infanterietätigkeit. Auf der übrigen Front zeitweilig Artillerietätigkeit.

Belgischer Bericht: Im Laufe des 19. Dezember war die Artillerie in der Gegend von Lizerne und Steenstraete tätig. An der übrigen Front nichts besonders.

Englischer Heeresbericht

vom 19. Dezember: Wir ließen frühmorgens drei Minen südwestlich von Neuville-St.-Vaast springen. Der Feind ließ südlich von Ypern eine Quetschmine springen, ohne Schaden in unseren Gräben zu verursachen. Die feindliche Artillerie war in der Nacht besonders in der Nachbarschaft von Gauvourt l'Abbaye tätig. Wir beschossen mit Erfolg die feindlichen Linien östlich von Fauquissart. Im übrigen hält die Artillerietätigkeit an.

Versenkt

London, 20. Dez. Wie Lloyds meldet, sollen die dänische Bark „Joergen" und der norwegische Dampfer Sjourna" versenkt worden sein.

Provinz Sachsen und Umgebung

Aus Landes- und Stadtparlamenten
Verbandstagungen — Wahlen

— Altenburg, 20. Dezember. (Steuererhöhungen in Sachsen-Altenburg). Der Landtag beriet in zwei Sitzungen das Gesetz über die Erhöhung verschiedener Steuern und genehmigte dabei einen Zuschlag zur Einkommensteuer, beginnend mit 10 Proz. von 1800 Mark Einkommen ab, steigend bis zu 100 Prozent von 99 000 Mark Einkommen ab. Er billigte ferner die Erhöhung der Erbschaftssteuer um 25 Proz. und stimmte der Erhöhung der Abgabe vom Kohlenbergbau um 100 Proz. zu. Dadurch müssen die Kohlenwerke des Herzogtums jährlich 170 000 Mark als Sonderstuer aufbringen. Ferner beschloß der Landtag, die Kriegssteuerungszulage für die staatlichen Arbeiter und Straßenwärter um ein Drittel zu erhöhen.

W. Koburg, 20. Dezember. (Der Ausschuß des Koburger Speziallandtags) hat eine Regierungsvorlage angenommen, nach der den Staatsbeamten und Arbeitern, sowie den staatlichen Hilfsarbeitern eine Beihilfe ab 1. August 1916 bis zur Beendigung des Krieges gewährt wird, entsprechend den vom gemeinschaftlichen Landtag angenommenen Sätzen.

(·) Nordhausen, 20. Dezember. (Die Polizeistunde) für unsere Stadt hat der Herr Regierungspräsident zu Erfurt jetzt abermals auf 11 Uhr abends festgestellt.

— Dessau, 20. Dez. (Polizeistunde um 10½ Uhr.) An den Städten Dessau, Cöthen, Bernburg und Zerbst werden die Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés sowie die Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, statt um 10 Uhr erst um 10½ Uhr geschlossen. Für Theater, Lichtspielhäuser, öffentliche Vergnügungsstätten usw. verbleibt es bei dem 10-Uhr-Schlusse, soweit von der Herzogl. Regierung nicht Ausnahmen zugelassen worden sind.

Lebens- und Genußmittelfragen

— Aken, 20. Dezember. (In der Butterversorgung) befand sich unsere Stadt bis jetzt den übrigen Orten des Kreises Kalbe gegenüber im Nachteil, da auf jeden Erwachsenen nur 40 Gramm, auf Kinder die Hälfte davon verteilt wurde. Von nächster Woche ab rechnet die Stadt in die Kreisverteilung der Butter ein, d. h. das Einheitsgewicht beträgt dann 55 Gramm für die Woche. In diesen Tagen werden auch je 100 Gramm Margarine, je 100 Gramm Graupen, je 100 Gramm Grieß und je 21 Gramm Speiseöl auf Bezugmarken abgegeben.

— Laucha, 20. Dezember. (Die Zuckerfabrik Laucha) beendet am 16. Dezember den diesjährigen Betriebsabschnitt, denn sie am 12. Oktober begann. Trotz der vielen Schwierigkeiten, die die Kriegszeit mit sich brachte, gelang es ohne Störung den Betrieb glatt zu Ende zu führen. Die Rübenernte war geringer wie im Vorjahre, die Ausbeute dagegen besser, so daß ebenso viel Zucker wie im vergangenen Jahre gewonnen worden ist.

Diebstähle und andere Straftaten

K. Dessau, 20. Dezember. (Wegen Entwendung von Lebensmittelkarten) erhielt von der hiesigen Strafkammer der Magistratsbote Gustav Stolz eine Woche Gefängnis. Er hat aus dem Bureau der Kartenausgabe im Rathause etwa 50 Zucker-, Brot- und Fettkarten gestohlen. Beim Magistrat, der ihn entlassen hat, war er über 20 Jahre angestellt.

— Bernburg, 20. Dezember. (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde, wie schon berichtet, in der Nacht zum Sonntag in den Expeditions- und Redaktionsräumen des „Anhalter Kuriers" verübt. Aus den verschiedenartigen Umständen mußte geschlossen werden, daß als Täter nur jemand in Frage kommen könte, der mit den hier herrschenden Gepflogenheiten auf genauste vertraut war, etwa ein früherer Angestellter. Da sich in dieser Richtung ein bestimmter Verdacht geltend machte, wurde eine Verhaftung vorgenommen, die aber nicht aufrecht erhalten werden konnte. Es ergab sich aber, daß kürzlich in einer Halberstädter Zeitung ein ähnlicher Einbruch verübt worden war, und bei einem Vergleich wurde festgestellt, daß dort die Einbrecher in genau der gleichen Weise gearbeitet hatten, wie in Bernburg, daß es sich also ganz zweifellos um die gleichen Verbrecher handelt. In Halberstadt war der Hauptäter, wie inzwischen festgestellt ist, der bisher noch nicht ermittelte aus Nordhausen gebürtige 27jährige Kellner Paul Ehrhardt der am 25. September d. Js. aus der Strafanstalt Himmelmoor in Holstein ausgebrochen ist und wegen zahlreicher Geschäftseinbrüche gesucht wird. Diese Aufklärung wirkt gerad zu verblüffend, weil der in Bernburg mißglückte Versuch, den eisernen Kassenschrank aufzubrechen, derartig dilettantenhaft ausgeführt wurde, daß man unmöglich auf einen erfahrenen Einbrecher schließen konnte.

Verschiedene Nachrichten

— Merseburg, 20. Dez. Großfeuer. In der Papierfabrik Königsmühle brach heute früh kurz vor 5 Uhr ein Großfeuer aus, das die Holzbearbeitungs-Räume völlig einäscherte und hierbei außer 400 Kubikmeter gutem Holz wertvolle Maschinen nebst anderen Holzbearbeitungseinrichtungen vernichtete. Der Schaden beläuft sich auf mehrere 100 000 Mark. Der gewaltige Feuerschein war in weitem Umkreise sichtbar. Gegen 10 Uhr vormittags waren die Feuerwehren des Brandes Herr geworden. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Es wird Selbstentzündung vermutet. Die Papierfabrikation erleidet keine Unterbrechung, dagegen der Betrieb in der Schellonesen-Fabrik.

— Spickenborf bei Landsberg, 20. Dezember. (Familienabend.) Der am letzten Sonntag im Gasthof „Zum alten Zieten" abgehaltene Familienabend hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen. Die Darbietungen haben allen Erschienenen außerordentlich gefallen, so besonders „Bei Barbarossa zum Besuche", „Am Weihnachtswald" usw. Wie diese, so gelangen auch all die übrigen Deklamationen und Chorlieder vortrefflich. Gemeinsame Gesänge durchzogen den ganzen Abend. Pfarrer Göhler hielt verschiedene Ansprachen; Lehrer Braune leitete mit Umsicht und Geschick die Aufführung u. Vaterländische Gesinnung und weihnachtliche Stimmung haben durch den schön verlaufenen Abend Förderung erfahren. — Den diesjährigen Kriegern sind Weihnachtspakete zugezangen; auch haben einige Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins solche für die Sammelstelle des 4. Armeekorps gesendet.

— Aken, 20. Dezember. (Der Sitz der Königl. Oberförsterei) für die umgebenden Waldungen, der vor etwa 70—80 Jahren von Aken nach Löbderitz überging, wird in nächster Zeit wieder nach Aken zurückverlegt werden. In den Försterstellen tritt kein rlei Veränderung ein.

— Leipzig, 20. Dezember. (Tod eines Leipziger Notars bei einem Ausfluge ins Erzgebirge.) Der diesjährige Rechtsanwalt und Notar Gustav Schiefer hatte Ende der vorigen Woche in seinem Berufe in Schwarzenberg im sächsischen Erzgebirge zu tun. Am Sonnabend nahm er dann die Gelegenheit wahr, einen Ausflug von Schwarzenberg über das Neu-Haus nach dem Fichtelberge zu machen, und zwar in Begleitung eines Schwarzenberger Herrn. Unterwegs trennten sich beide, da der Begleiter Schiefers eine Fahrgelegenheit wahrnahm. Die weitere Partie ist dann Herrn Schiefer verhängnisvoll geworden. Er hat sich im Nebel verirrt und ist erfroren. Am Fichtelberg fand man ihn tot auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612212-12/fragment/page=0002

Oeffentliche außerordentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, 20. Dezember 1916.

Vorsitzender: Stadtv. Vorsteher Justizrat Dr. Keil.

Die Versammlung tritt sofort in die Tagesordnung ein.

Errichtung einer Ufermauer an der Dessauer Straße. Der fluchtlinienmäßige Anschluß der Dessauer Straße an die Halle-Halberstädter Eisenbahn erfordert die Anlegung einer Futtermauer von der Brücke bis zu dem Grundstück Dessauer Straße 50. Es war in Aussicht genommen, eine Böschung auf das angrenzende Grundstück zu legen, die Verhandlungen mit dem Eigentümer haben aber zu einem Ergebnis nicht geführt. Die Versammlung genehmigt die Errichtung der Mauer und bewilligt die auf 8000 Mk. veranschlagten Kosten aus der Anleihe von 1910. Die Kosten werden später von den Anliegern eingezogen und an die Anleihe zurückerstattet. — Berichterstatter Stadtv. Schromme und Weschke.

Kanalisationsbeitrag der Friedhofsverwaltung. Für die Heranziehung des Friedhofs zu den Kanalbaukosten kommt zunächst die Zahlung des einen Teils der Straßenausbaukosten bildenden Kanalbaukostenbeitrages für die Entwässerung der Straße in Betracht. Hierfür ist nach der für das ganze Stadtgebiet durchgeführten Berechnung zurzeit der Satz von 25 Mk. für den Frontmeter maßgebend. In Betracht kommt zurzeit nur die 470 Meter lange Front am Landrain, die mit einem Tonrohrkanal zur Aufnahme der Straßenentwässerungsanlage versehen ist, während für die übrigen Fronten an der Dessauer Straße und am Bergschenkenwege noch kein Beitrag erhoben werden kann, da die Einrichtungen zur Straßenentwässerung noch fehlen. Als Kanalbaukostenbeitrag wäre daher zu zahlen: 11 750 Mk. Außerdem ist aber zu berücksichtigen, daß auch, um die Entwässerung des Friedhofes zu ermöglichen, der 1250 Meter lange Nebensammler im Landrain erbaut worden ist. Die Kosten dieses Sammlers betragen 280 000 Mk. Unter diesen Umständen erscheint es gerechtfertigt, wenn aus den Mitteln für den Friedhof auch ein angemessener Beitrag zu den Vorflutkosten bezahlt wird. Der Friedhof ist an dem durch den Vorflutkanal zu entwässernden Gebiete mit rund 10 v. H. der Gebietsfläche beteiligt; dementsprechend würde auf den Friedhof ein Anteil von 28 000 Mk. entfallen. Es wären demnach insgesamt zu zahlen 39 750 Mk., die von der Versammlung aus der Anleihe von 1910 bewilligt werden. — Berichterstatter Stadtv. Emmer und Weschke.

Einrichtung eines Heims Jugendschutz.

Es besteht die Notwendigkeit, in Halle eine besondere Gelegenheit zur Unterbringung von sittlich gefährdeten Jugendlichen einzurichten. Vorhanden ist die Theodor-Schmidt-Stiftung (Kinderheim), die neben hilfsbedürftigen Kindern auch solche aufnehmen kann, die aus erziehlichen Gründen aus dem Elternhaus entfernt werden müssen. Bisher sind alle aufnahmebedürftigen Kinder, ohne Rücksicht auf die Gründe, dem Kinderheim überwiesen worden. Die trüben Erfahrungen aber, die aus dem gemeinsamen, wenn auch nur vorübergehenden Zusammenleben der Kinder in der Theodor-Schmidt-Stiftung gemacht worden sind, sprechen sehr dagegen, neben den sittlich einwandfreien, die sittlich gefährdeten oder verdorbenen Kinder aufzunehmen. Aber abgesehen davon, ist die Leitung des Kinderheims zur Erziehung und zur Aufsicht solcher Kinder, die z. B. zur Fürsorgeerziehung heranzuziehen oder die eine scharfe Ueberwachung nötig haben, keineswegs geeignet. Die Hausmutter kann sich beim besten Willen um die einzelnen Kinder nicht so kümmern, wie es bei der Eigenart und bei der grundverschiedenen Veranlagung der Frevler erforderlich ist, wenn Nutzen aus dem Aufenthalt im Kinderheim gezogen werden soll. Eine Trennung der Kinder läßt sich nicht durchführen, weil die Räume hierzu nicht ausreichen. Das Kinderheim kann hiernach zur Aufnahme von sittlich gefährdeten oder verdorbenen Jugendlichen kaum mehr in Betracht kommen. Dagegen scheint sich das Asyl für Obdachlose, das an und für sich schwach belegt ist, besser zu eignen. Für die Unterbringung kommen Schulpflichtige und Schulentlassene in Frage, und zwar zunächst nur männliche, beispielsweise dann: 1. wenn Unterbringung in Fürsorgeerziehung angeordnet, eine Anstalt aber noch nicht bezeichnet ist, 2. wenn die Polizeiverwaltung entwichene Fürsorgezöglinge, entlassene Lehrlinge oder Obdachlose aufgreift, 3. wenn Eltern die Aufnahme verweigern, weil sie mit den Verdorbenen nichts zu tun haben wollen. Weiter muß sich das Augenmerk auf solche Jugendliche richten, die sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben und die wegen Fluchtverdachts oder ohne festen Wohnsitz bis zur Hauptverhandlung in Untersuchungshaft genommen werden müssen. Auch solche Jugendliche bedürfen der Fürsorge, die Strafe verbüßt haben und dann arbeitslos geworden sind.

Leider hat die Straffälligkeit der Jugendlichen während des Krieges bedeutend zugenommen, die Angeichen sprechen sogar dafür, daß die Verwilderung und die Neigung zu Straftaten steigen werden. Da das Fluchtstiftsheim der Evangelischen Stadtmission weibliche schulentlassene Jugendliche aufnimmt und verpflegt, so könnte die Fürsorge für diese Klasse der bewährten privaten, auf der Grundlage der freien Liebestätigkeit beruhenden Einrichtung weiter belassen werden. Schulpflichtige sittlich verdorbene Mädchen würden weiterhin der Obhut des Kinderheims überwiesen werden können; allerdings wird die Abfonderung von den übrigen Kindern im Auge zu fassen sein.

In Uebereinstimmung mit der Deputation zur Verwaltung des Asyls für Obdachlose, des Hauptausschusses vom Jugendamt und mit dem Magistrat beschließt die Versammlung, in dem Asyl für Obdachlose ein entsprechendes Heim für Jugendliche unter der Bezeichnung „Heim Jugendschutz" einzurichten. Nach den vorgelegten Kostenanschlägen entstehen einmalige Ausgaben in Höhe von 6600 Mk. und laufende Ausgaben in Höhe von 9418,75 Mark, die aus laufenden Mitteln des Rechnungsjahres 1917 bewilligt werden. — Berichterstatter Stadtvo. Gradehand und Hennig.

Verpachtung der Ratskellerwirtschaft. Die Versammlung stimmt der Verpachtung der Ratskeller-Gastwirtschaft an den bisherigen Pächter Hermann Kunze auf die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis Ende September 1920 zu. Der von Kunze nachgewiesene Rückgang des Geschäfts infolge des Krieges rechtfertigt die Ermäßigung des Jahrespachtzinses auf 12 000 Mk. Andererseits wird es bei der Unmöglichkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse für die nächsten Jahre zu überblicken, für angezeigt gehalten, daß sich die Stadt auf keine längere Pachtzeit als drei Jahre bindet. Von einer öffentlichen Ausschreibung der Verpachtung hat der Magistrat angesichts des wenig befriedigenden Ergebnisses in zwei anderen Fällen abgesehen. — Berichterstatter Stadtvo. Emmer und Colberg.

Nachbewilligung für die Riebeckstiftung. Versammlung genehmigt die Ueberschreibung der im Haushaltplan der Paul-Riebeck-Stiftung für 1916 bei Titel A II 2 vorgesehenen Mittel um 2110,90 Mk. und die Verstärkung der überschrittenen Position um 3000 Mk. aus den zu erwartenden Ueberschüssen der Paul-Riebeck-Stiftung. — Berichterstatter Stadtv. Borchert.

Annahme einer Stiftung

Geheimer Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann hat zu Ehren des Andenkens seiner am 28. November 1916 verewigten Gemahlin der Stadtgemeinde Halle 100 000 Mk. 5proz. Kriegsanleihe zur Unterstützung Notleidender überwiesen und demnächst erklärt, daß er nach Kenntnisnahme der von uns in die Wege geleiteten „Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Halle", welche sich die Unterstützung hilfsbedürftiger Hinterbliebenen der im gegenwärtigen Kriege gefallenen Hallischen Krieger zur Aufgabe stellt, seine Stiftung für die Zwecke dieser Kriegshinterbliebenenfürsorge bestimmt, vorausgesetzt, daß die städtischen Körperschaften hierauf Gewicht legen. Der Magistrat hat hocherfreut und dankbar beschlossen, vorbehaltlich Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung und Allerhöchster Genehmigung die pietätvolle und warmherzige Stiftung namens der Stadtgemeinde Halle, und zwar für die Zwecke der Hallischen Kriegshinterbliebenenfürsorge anzunehmen. Gerade auf diesem Gebiete herrscht die größte Not und die Zahl der Bedürftigen ist außerordentlich beträchtlich. Die Fürsorge wird sich auf viele Jahre erstrecken und mit ungewöhnlich hohen Aufwendungen rechnen müssen. Nachdem kürzlich ein Bürger unserer Stadt der heimatlichen Kriegshinterbliebenenfürsorge 100 000 Mk. zugewandt hatte, hat der Magistrat einen Organisationsentwurf aufgestellt, welcher der Stadtverordneten-Versammlung demnächst zugehen wird. Um so größer ist die Freude darüber, daß Herr Geheimrat Dr. Lehmann sich durch seine Stiftung der notleidenden Kriegshinterbliebenen unserer Hallischen Krieger annimmt und damit das Vermögen der ins Leben tretenden Fürsorge auf 200 000 Mk. erhöht. Der Magistrat hofft, daß das edle Beispiel des Stifters Nachahmung in unserer opferfreudigen und des Dankes gegen die Krieger immer bewußten Bürgerschaft finden wird. Die Stadtverordneten-Versammlung gibt ihre Zustimmung zur Annahme der Stiftung, womit Berichterstatter Stadtv. Manschensky und der Vorsitzende den Dank der Versammlung verbinden.

Teuerungszulagen

Der Magistrat hat beschlossen, die Einkommengrenze für Gewährung der durch Gemeindebeschluß festgesetzten Teuerungszulagen auf 4500 Mark heraufzusetzen. Die entstehenden Kosten — rund 15 000 Mark — sollen dem Kriegsfonds entnommen werden. Die Stadtverordneten geben ihre Zustimmung doch nicht ohne Bedenken. Stadtv. Giese wünscht, daß zu Unrecht begnadet werde zwischen solchen, die nur ihr Diensteinkommen und solchen, die dazu noch Einkommen auf Privatvermögen haben. Hiergegen wenden sich Stadtrat Wurm und die Stadtverordn. Scheithauer und Hoe, die darauf hinweisen, daß kein Unterschied gemacht werden kann, denn Reich und Staat gehen ebenfalls so vor.

Ferner hat der Magistrat den städtischen Beamten und Lehrern, den ständig beschäftigten Bediensteten und Arbeitern, die als Kriegsaushilfe angenommenen Bediensteten und Arbeitern beiderlei Geschlechts, sofern sie mindestens seit Anfang Januar 1916 ununterbrochen in städtischer Beschäftigung stehen, neben den laufenden Teuerungszulagen eine einmalige Kriegsteuerungszulage nach folgenden Grundsätzen bewilligt:

1. Die Zulage ist zu zahlen bei einem Jahresdiensteinkommen bis zu 4500 Mk. 2. Sie beträgt für Ledige oder Alleinstehende 40 Mk., für Verheiratete ohne Kinder 60 Mk., mit 1 Kind und mehr je 80 Mk. mehr. 3. Im allgemeinen kommen nur Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre für die Zulage in Betracht, doch sollen auch Kinder von 15 bis zu 18 Jahren berücksichtigt werden, falls sie — ohne eigenes Einkommen — sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden und von dem Beamten usw. unterhalten werden. 4. Verheiratete Frauen und Witwen erhalten die höhere Zulage nur dann, wenn sie vorwiegend als Ernährer der Familie anzusehen sind. 5. Sollte den Lehrern staatlicherseits eine Beihilfe gezahlt werden, so sind die von der Stadtgemeinde gewährten Zulagen zurückzuzahlen. Die Stadtverordneten geben auch hierzu ihre Zustimmung.

Die Notwendigkeit der Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage findet ihre Begründung in der andauernden Preisstei̇erung fast aller notwendigen Lebensbedürfnisse. Die Kosten betragen rund 165 000 Mk. und sollen dem Kriegsfonds entnommen werden. — Berichterstatter Stadtv. Dr. Scheithauer und Hoe.

Landaustausch und Landverkauf in Ammendorf. Zur Beilegung einer Reihe von Streitfragen, die zwischen der Stadtgemeinde Halle und der Gemeinschaft der Separations-Interessenten von Planena-Beesen-Ammendorf und der Gemeinde Ammendorf, insbesondere auch über die Inanspruchnahme der im Auengelände bei Beesen gelegenen Wege für die Zwecke des Wasserwerks, bestanden, ist jetzt vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertretungen und der Genehmigungen der zuständigen Behörden eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: 1. Die Gemeinschaft der Separations-Interessenten verkauft an die Stadtgemeinde Halle die Gemarkung 4.22.12 Hektar, die Siebenhe 38 80 Ar, den Kuhlegg-Teich 19 14 Ar, den Saugraben 1 Morgen 105 Quadratmeter, eine Anladung der Elster im Wasserwerk Beesen, 4000 Quadratmeter, zusammen rund 5,5 Hektar groß, einschließlich der Fischereigerechtigkeit in

---

Amerikanisches Copyright by Carl Duncker 1916.

Der Glücksbecher von Willerstein

53] Kriminalroman von A. von Panhuys

(Schluß.)

Seine Erlaucht hatte sich die Reise lustiger gedacht, aber Anne zeigte sich nicht als guter Reisekamerad.

Sie war kopfhängerisch, und oft ließ sie durchblicken, sie verspüre Sehnsucht nach Willerstein.

Seine Erlaucht kämpfte ein bischen mit Gewissensbissen. Sollte die Sache mit Lorenz Hammerschlag ihr doch näher gehen, als er erwartet?

Dummes Zeug, tröstete er sich immer wieder selbst, das war nichts weiter als eine kleine romantische Neigung, und er war ein Narr, sich noch darüber den Kopf zu zerbrechen. Aber die stille Trauer, die jetzt ständig auf dem hübschen Jungmädchengesicht lag, berührte ihn wie ein Vorwurf.

Beinahe froh war er, endlich wieder in Willerstein zu landen.

Und so saß er denn eines Tages mit Anne, nachdem er sich den Reisestaub abgewaschen, und Frau von Brinken wieder am Teetisch wie früher, und Malvine von Brinken fragte angeregt nach allem, was man gesehen. Anne erzählte ein wenig, und der Graf warf zuweilen eine Bemerkung dazwischen.

„Ich könnte eigentlich meine Post gleich hier lesen," meinte Seine Erlaucht nach dem Tee, und Anne holte dem Vater aus seinem Zimmer die während der Reise eingelaufenen Briefschaften.

Auf einer silbernen Schale lagen sie und unter Briefen mit Geschäftsaufdruck lugte ein goldlicher starker Umschlag hervor, auf dem in großzügiger fester Handschrift ihr Name stand.

Die Handschrift kannte sie nicht, aber dennoch wußte sie im gleichen Augenblick, da sie darauf niederschaute, den Brief hatte Lorenz Hammerschlag geschrieben.

Er schrieb ihr?

Ihre Finger, die das silberne Schälchen hielten, bebten leise, und während sie es vor den Vater hinschob, zog sie den für sie bestimmten Brief unter den anderen heraus.

„Ich will auf mein Zimmer gehen und den Brief lesen."

Der Graf schüttelte den Kopf.

„Von wem ist der Brief? — lies ihn doch hier, du hast doch keine Geheimnisse."

Anne setzte sich abseits und öffnete den Umschlag, und sie las, während ihr heiße Glut bis zu den Schläfen emporstieg:

Gnädigste Komtesse!

Verzeihen Sie mir eine Bitte, die ich Ihnen kurz vortragen möchte, und durch deren Erfüllung Sie mich sehr beglücken würden.

Als sie mich mit Seiner Erlaucht beehrten, gefiel Ihnen das blaue Zimmerchen so gut. Ich möchte mir erlauben, es Ihnen zur Erinnerung an diesen Besuch zum Geschenk anzubieten, denn sonst müßte ich es verkaufen, und das erscheint mir wie eine Geschmacklosigkeit. Sehen Sie, Komtesse, ich hatte ein Mädchen lieb, die ich mir als Weib an meine Seite träumte, für die ich das kleine zärtliche Nestchen schuf. Das Mädchen ist sehr stolz, und als ich von seinem Vater vernahm, nur ein Mann mit einer geschlossenen Krone dürfe ihr seine Hand zu bieten wagen, da unterließ ich die bedeutungsschwere Frage, die mein Geschick, mein Glück entscheiden sollte. — Ich mag das Zimmerchen, das ich für eine geliebte Frau bestimmte, nicht mehr in meinem Hause wissen, der Gedanke tut mir förmlich weh.

Nehmen Sie, bitte, mein Geschenk an, Komtesse, ich gebe Ihnen die Versicherung, Sie würden dadurch wirklich außerordentlich beglücken

Ihren sehr ergebenen

Lorenz Hammerschlag.

Der Brief bebte in Annes Hand, und Malvine von Brinken fragte ängstlich:

„Haben Sie eine schlechte Nachricht erhalten, Komtesse?"

Anne sah die ealte Dame kaum an, sie flog von ihrem Sitze empor und schob dem Grafen den Brief zwischen die Finger.

„Lies, bitte, Papa!"

Förmlich befehlend klang es.

Malvine von Brinken merkte, daß es sich bei diesem Briefe um etwas Besonderes handelte. Sie schwankte, ob sie gehen oder bleiben sollte, und entschied sich für ersteres.

Anne rief sie zurück.

„Sie können ruhig hören, um was es geht, Tante Brinken, denn eigentlich haben Sie mit der Angelegenheit auch zu tun." Sie stellte sich vor die ältere Dame hin und fragte: „Nicht wahr, ich sagte einmal zu Ihnen, ich würde nur einen Mann heiraten, der mir eine geschlossene Krone böte?"

„Ja, Komtesse," erwiderte Malvine von Brinken verständnislos.

„Gut." Annes Gesicht sah zornig aus. „Den Unsinn, den ich Ihnen so nebenher aufschwatzte, erzählten Sie Papa, und du, Papa," sie wandte sich dem Angeredeten zu, „du redetest den Unsinn Herrn Kammerschlag auf."

Der Graf, der den Brief inzwischen gelesen, nickte."

„No, dabei ist doch nichts."

In Annes Augen glommen Tränen auf.

„Nein, dabei ist nichts, nichts weiter, als daß du damit zwei Menschen unglücklich machtest. Lorenz Hammerschlag liebt mich, und auf deine Bemerkung hin wagte er es nicht, mir von seiner Liebe zu sprechen." Sie schluchzte laut auf in fassungslosem Kummer. „An so einem törichten Wort soll mein Glück in Stücke springen."

„Aber Anne, Kind, beruhige dich doch." Seine Erlaucht konnte seinen Liebling nicht weinen sehen, „ich mal, ich dachte mir ja nichts dabei, es rutschte mir so aus dem Munde." Nimmer hätte er den Mut gefunden, Anne einzugestehen, daß er mit Absicht die Bemerkung wiederholte.

„Ach sagte dir doch schon auf der Reise nach Kobenz, als du mich an den dummen Ausspruch erinnertest, mein Herz denke nicht an dergleichen," sagte Anne und ihre Stimme ward anklagend.

Dann weinte sie von neuem und kein Trost verfing.

Malvine von Brinkens Herz krampfte sich vor Mitgefühl zusammen, ihr tat Anne leid, denn sie hatte die jüngste Komtesse doch lieb, das fühlte sie so recht in diesem Augenblick, und sie sann, ob sie ihr nicht helfen könne.

Sie hatte sofort begriffen, aus welchem Grunde Seine Erlaucht die Bemerkung Lorenz Hammerschlag mitgeteilt.

„Erlaucht, ich möchte Ihnen ins Gedächtnis rufen, was Sie mir einmal sagten," sprach sie, das weinende Mädchen umschlingend, schnell entschlossen und betont wiederholte sie die Antwort, die ihr der Graf damals gegeben, als sie ihn auf die Herkunft des reichen Weingutsbesitzers aufmerksam gemacht:

„In unserer klordenkenden Zeit hat man mit solchen albernen Vorurteilen längst gebrochen. Man kann Traditionen und Kronen achten, aber man muß sie ebenso hoch, wenn nicht höher, einschätzen, die Menschen, die sich durch eigenes Verdienst zu einer Stellung in der Welt emporarbeiten!"

„Gut, gut! Seine Erlaucht winkte kräftig ab und dabei lächelte er die alte Dame doch verständnisinnig an.

Er zog Anne an sich und leise sagte er: „Wird mir mein Mädel vergehen, wenn ich dem Manne da am Rhein, nach dem sich das Herzchen sehnt, einen ausführlichen Brief schreibe und ihn bitte, die Möbel nicht etwa gar hierherzusenden, sondern dort lieber stehen zu lassen, weil sich sein Traum nun doch vielleicht erfüllen dürfte?"

Anne sah unter Tränen auf.

„Und soll ich ihm weiter schreiben, wir kämen, weil du Sehnsucht nach dem blauen Zimmerchen hast?"

Es zog Seiner Erlaucht durch den Kopf, daß Lorenz Hammerschlag steinreich war, und daß ihm der Adel verliehen werden sollte, zwei Dinge, die sehr zu seinen Gunsten in die Wagschale fielen. Außerdem war er ihm sympathisch sogar sehr sympathisch.

Nein, er wollte nicht den Rabenvater spielen und seinem Kinde die Tür zu einer Zukunft verschließen, an deren Schwelle Reichtum und Liebe standen.

„Wenn du das tätest, Papa!"

Seine Erlaucht nickte, und am nächsten Tag hielt Lorenz Hammerschlag einen Brief in Händen, den er mit der Depesche beantwortete, das blaue Zimmer bliebe unverändert, und man möge bald kommen, seine Sehnsucht könne nicht mehr warten.

An einem wundervoll sonnigen Tage betrat Anne mit dem Vater abermals das weiße vornehme Haus am Rhein und im blauen Zimmer zog Lorenz Hammerschlag sein schönes Lieb an die Brust.

Seine Erlaucht stand schmunzelnd dabei und bestimmte:

„Den Glücksbecher von Willerstein sollen nun die Burggräflichen haben, und Alles Kinder mögen daraus dem Glücke zutrinken. Ihr hebt ja für Eure Nachkommen einen gleichen Becher für denselben köstlichen Gebrauch."

Die beiden Verliebten lächelten, und Lorenz Hammerschlag sagte innig zu Anne:

„Der Glücksbecher von Willerstein verdient seinen Namen mit Recht, denn er hat uns beide zu einem wunderschönen Glücke zusammengeführt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612212-12/fragment/page=0003

den bezeichneten Gewässern zum Preise von 26 000 Mk. 2. Die Gemeinschaft der Separations-Interessenten räumt der Stadtgemeinde Halle das Recht ein, die sämtlichen im Auengelände belegenen Wege für alle Zwecke des Wasserwerks, mit Ausnahme der Anlegung von Brunnen auf den Wegen selbst, insbesondere zur Verlegung von Leitungen sowohl in der Längs- wie in der Querrichtung zu benutzen. Die Gemeinschaft genehmigt ferner die bereits erfolgte Verlegung in den von Beesen nach der Merseburger Chaussee führenden Wege. Die Stadtgemeinde Halle zahlt dafür eine einmalige Entschädigung von 6000 Mk. und übrnimmt die Verpflichtung, die von ihr in Anspruch genommenen Wegeteile zu unterhalten, soweit durch die Anlagen der Stadt die Unterhaltung erforderlich wird. 3. Die Gemeinde Ammendorf verkauft an die Stadtgemeinde fünf Parzellen in Gesamtgröße von 72,50 Ar, wogegen die Stadtgemeinde Halle der Gemeinde Ammendorf den Hopfenberg in Größe von 1,14,40 Hektar überlässt. 4. Die Stadtgemeinde Halle veräußert an die Gemeinde Ammendorf von dem Siebenhufen-Plan den Teil, der zwischen der Mühlenstraße, dem Privatanschlußgleis und den Bahnhofsfuhrwege liegt, in Größe von etwa 5300 Quadratmeter zum Preise von 3 Mk. für den Quadratmeter. Der Preis berechnet sich nach der katasteramtlich festgestellenden Größe dieses Grundstücks. 5. Die Stadtgemeinde willigt in die Umgemeindung des Hopfenberges und des zu veräußernden Teiles des Siebenhufen-Planes in den Gemeindebezirk Ammendorf. Die Versammlung stimmte diesen Abkommen zu und genehmigt, daß die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen Mittel aus der Anleihe von 1910 entnommen werden. — Berichterstatter Stadtv. Dr. Scheitbauer und Weschke.

Verbindungskanal zwischen Saale und Steinlache. Der niedrige Grundwasserstand im Gebiete des Wasserwerks Beesen hat in einer zurzeit ungenügenden Speisung des Grundwasserbecken seine Ursache. Als am schnellsten ausführbare und wirksamste Maßnahme zur Hebung des Grundwasserspiegels hat das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke in Aussicht genommen, einen Verbindungskanal zwischen Saale und Steinlache (oberer Teil der Gerwische) ausführen zu lassen, durch den nach Bedarf Saalewasser dem Grundwasserbecken zugeführt werden soll. Die Versammlung bewilligte die erforderlichen Mittel in Höhe von 24 000 Mk., sowie für Ausführung weiterer, zurzeit noch nicht im einzelnen darzulegender Arbeiten zur Verfügung des Kuratoriums 6000 Mk., insgesamt 30 000 Mk. aus dem Reservefonds der Wasserwerke. — Berichterstatter Stadtv. Richter und Weschke. Stadtv. Fabian wünscht zuvor über die Beschaffenheit des Saalewassers, das schlecht sei, ein gut begründetes Gutachten. — Stadtbaurat Lammers führt aus, daß die Zuführung des Saalewassers, daß beträchtlich besser sei, als das Elsterwasser, zum Grundwasser ganz unbedenklich wäre, wie von ärztlicher Seite festgestellt worden ist. — Auch Stadtv. Dr. Scheitbauer hält die Sache für ganz unbedenklich. — Der Magistrat soll ersucht werden, Beobachtungsstellen auch oberhalb anzulegen.

Eingabe um Lohnerhöhung. Der Soziale Ausschuß Berichterstatter Stadtv. Gradeband) beantragt, über die Bitte des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Ortsvereins der städtischen Arbeiter (S.-D.) um Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen um mindestens 5 Pfg. für die Arbeitsstunde zur Tagesordnung überzugehen, während der Haushalts-Ausschuß (Berichterstatter Stadtv. Hennig) Ueberweisung als Material empfiehlt. Um ihrer Bitte noch mehr Nachdruck zu verleihen, hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter der ersten Eingabe noch eine zweite folgen lassen. Der Soziale Ausschuß ist zu seinem Antrage gekommen, weil nach einem früheren Gemeinde-Beschluß während des Krieges Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht gewährt werden sollen, weil ferner das Hilfsdienstgesetz Verschiebungen in der Arbeiterschaft hervorrufen und weil nach dem Krieg sowieso eine vollständige Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten werde. — Stadtv. Osterburg empfiehlt die Ueberweisung der Eingabe an den Magistrat zur Berücksichtigung und beantragt Bezahlung der Weihnachtstage an die städtischen Arbeiter. — Stadtv. Hoe bemerkt, daß er und seine Freunde der Eingabe freundlich gegenüberstehen, und befürwortet die allgemeine Einführung von Arbeiterausschüssen in den städtischen Betrieben, sowie die Ausgestaltung der Lohnordnungen. — Stadtv. Küsme führt aus, daß der Soziale Ausschuß das allgemeine Aufrollen der Gehaltserhöhung vermeiden wollte. Ein Ausgleich soll eben durch die Teuerungszulagen bewirkt werden, die in ganz gleicher Höhe jedem städtischen Angestellten und Arbeiter ohne Unterschied des Diensteinkommens gewährt werden. — Stadtv. Sprete spricht für den Osterburaschen Antrag und tritt für Zahlung von Höchstlöhnen ein. Nach weiteren Ausführungen der Stadtvv. Gröbel und Kühne wird der Antrag des Haushaltungs-Ausschusses auf Ueberweisung als Material unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 21. Dezember

Eine Hunderttausendmark-Stiftung

Geheimer Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann hat zu Ehren des Andenkens seiner am 28. November d. Js. verwitweten Gemahlin der Stadtgemeinde Halle 100 000 Mark in fünfprozentiger Kriegsanleihe für die Zwecke der Hallenschen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge überwiesen. Dem gleichen Zwecke dient auch eine Stiftung von 100 000 Mark, die jüngst ein ungenannter Hallescher Bürger der Stadt übermittelt hat, so daß die Stiftung für die notleidenden Kriegshinterbliebenen nunmehr 200 000 Mark beträgt. Mit dem herzlichsten Danke für die edlen Spender sei die Bitte an alle, die hierzu in der Lage sind, weitergegeben, daß auch sie dieser Fürsorge ihre opferfreudige Anteilnahme zuwenden. — Näheres im Bericht über die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Zur Weiterführung des städtischen Straßenbahn nach dem Flugplatze

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigen die Geschäftsinhaber in der unteren Dessauer Straße gegen die Umänderung des Planes der neuen Straßenbahnlinie nach dem Flugplatz Einspruch zu erheben. Die Anlieger der Dessauer Straße sind, bis über die Kaserne hinaus, meist Geschäftsleute, die in der Hoffnung lebten, daß bei der Durchführung der neuen Bahnlinie, an ihren Häusern vorüber, sich auch ihre Geschäfte heben würden. Sie sagen, daß die neue Bahnlinie durch die Humboldtstraße wegen des jüdischen Friedhofs schon in die Dessauer Straße geführt werden müsse, denn wegen der Kaserne und des Bezirkskommandos und wegen der vielen Geschäfte, wogegen die jetzt geplante Linie durch die Wielandstraße nicht einmal gewinnbringend für die Bahn sein könnte, da diese nur von Beamten bevölkert sei, welche froh sein würden, wenn sie nicht durch den Betrieb der Straßenbahn in ihrer Ruhe gestört werden.

Der starke Verkehr zur Kaserne und zum Bezirkskommando läßt im Nutzen der Stadtverwaltung sowohl als auch der Anlieger eine bezügliche Aenderung des Planes ratsam erscheinen.

Aufgaben des Handwerks

**Der Innungsausschuß zu Halle hielt am Montag im „Schulheiß", Poststraße, eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, Malerobermeister Bieseler hieß die zahlreich Erschienenen willkommen, insbesondere den vom Heeresdienst beurlaubten, ersten Handwerkskammerabgeordneten Koist, und wünschte dem deutschen Handwerk einen baldigen Frieden. Der Kammervorstand hat beschlossen, angesichts der ernsten Zeit auch diese Ostern eine Gesellenprüfungsausstellung nicht zu veranstalten, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Ferner machte der Vorsitzende des Tierzuchtausschusses Mitteilung von dem Zusammenschluß der Arbeitsnachweise in Halle und daß als Vertreter des Handwerks ins Kuratorium Schlossermeister Zwanzig berufen worden ist. Hierauf nahm Landtagsabgeordneter Delius das Wort zu seinem Vortrage über „Die neue Warenumsatzsteuer". Der Vorsitzende erörterte sodann die Frage der „Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft". Am 23. und 24. November tagte der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Halle. Der Direktor des Hauptverbandes gewerblicher Genossenschaften, Korkhaus behandelte die Normen, in welchen die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erfolgen habe. Da er hierbei als begeisterter Apostel des Genossenschaftswesens auftrat und die ganze Ueberführungswirtschaft nur von rein genossenschaftlichen Gesichtspunkten aus erörterte, so wurden seine Ausführungen in der folgenden Besprechung vielfach bekämpft. So viel aber ist gewiß, daß die ganze Art und Weise seiner Vorschläge großzügig und weitblickend war. Der Abbau zur Friedenswirtschaft könne nicht von einem Tage zum anderen erfolgen, denn unser ganzes Wirtschaftsleben sei auf den Kriegszustand eingestellt. Die hauptsächlichsten Nahrungsmittel und fast alle Rohstoffe seien vom Staat mit Beschlag belegt und fast alltäglich käme noch etwas dazu, was der Staat für sich in Anspruch nähme. Viele Erzeuger seien zu Staatsarbeitern geworden und seien nicht mehr Herr über die von ihnen geschaffenen Werte. Aber so schätzenswert und erfolgreich für die Kriegführung derartige Maßnahmen auch seien, so sei doch nach Friedensschluß auf deren teilweise Beseitigung hinzuarbeiten. Dazu würden natürlich Jahre nötig sein. Er streifte dann weiter den während des Krieges in Erscheinung getretenen Zusammenschluß größerer Interessengruppen, vor allem in der Großindustrie und im Großhandel, und schloß daraus, daß es auch bei uns genau so wie in Amerika es schon seit Jahren der Fall ist, zu einer allgemeinen Vertrustung kommen würde. Demgegenüber müssen auch die Handwerker sich wehren, sie müssen sich ebenfalls zu Genossenschaften zusammenschließen, die Arbeit, Rohstoffe und Vermittel ihren Mitgliedern zuführen. Die Handwerkskammern und Genossenschaften, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken, sollen sich in den Dienst dieser Sache stellen und den zu schaffenden Einrichtungen die nötige gesetzliche und finanzielle Grundlage schaffen. Die übrigen Ausführungen nahmen Bezug auf die Mitteilungen des Staatssekretärs Helfferich in der Sitzung des Reichstagsausschusses vom 14. Oktober d. Js. In der zweiten Gesamtsitzung des Ausschusses am anderen Tage rügte der Vorstand, das einige Handwerkskammern auf dem Wege wären, sich zu kaufmännischen Unternehmungen zu entwickeln, und erklärte ein derartiges Vorgehen als unstatthaft und gesetzwidrig. Die Ausführungen der Handwerkskammern sind ganz anders, zu empfehlen seien: Errichtung von Treuhandgesellschaften, verschiedene Schlichtungskommissionen, Beaufsichtigung von den Einzelhandwerkern oder Genossenschaften übernommenen Lieferungen, ohne Vermittlung der Arbeit, Angliederung von Rohstoffgenossenschaften, Einrichtung von Verdingungsämtern usw., aber bei allen diesen Dingen müsse der behördliche Charakter der Kammern gewahrt werden, sie sollen niemals als Unternehmer tätig sein.

Der Vorstand teilte noch mit, daß vom Ausschuß für das technische Schulwesen beantragt sei, den sogenannten Künstlerparagraphen in Sachen der einjährigen Dienstzeit weiter auszubauen. Die Vorschläge gingen dahin, daß denjenigen Technikern oder Handwerkern, die vor einer, zum Teil aus Technikern oder Handwerkern bestehenden Prüfungskommission eine nach bestimmten Grundsätzen abgehaltene Prüfung in den technischen Fächern bestehen, ebenfalls das Einjährigen-Zeugnis erteilt werden müsse. Es wurde weiter mitgeteilt, daß die freien Gewerkschaften ihre Mitarbeit bei der Kriegsfürsorge davon abhängig machen, daß die nationalen Gewerkschaften dasselbe zugesichert sein sollen. — Die Sitzungen waren nicht öffentlich und daher war nichts in der Presse verlautbart worden.

Nochmals die Gerstenernte

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Nachprüfung der Ernteschätzung hat ergeben, daß die Gerstenernte das erwartete Ergebnis nicht bringen wird. Die ungenügende Kartoffelernte erfordert, daß die Kartoffel als Streckungsmittel für das Brotgetreide ausscheidet; an die Stelle der Kartoffel wird bei der Streckung die Gerste treten müssen. Um die erforderlichen Mengen Gerstenmehl verfügbar zu machen, hat der Bundesrat beschlossen, die durch die Verordnung über die Malz- und Gerstenkontingente der Brauereien sowie den Malzhandel vom 7. Oktober 1916 auf 48 Prozent festgesetzten Malzkontingente auf 25 Prozent herabzusetzen. Die im Königreich Bayern bestehenden wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse haben die Berücksichtigung der Brauereien im rechtsrheinischen Bayern mit einem Zusatzkontingent von 10 Prozent gegenüber den außerbayerischen Brauereien für geboten erscheinen lassen. Das für Bayern erhöhte Malzkontingent wird indessen eine beschränkte Inanspruchnahme der für die Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Gerstenmengen nicht zur Folge haben, da Bayern sich bereit erklärt hat, die erforderliche Gerste aus dem an sich ablieferungsfreien Teil der bayerischen Gerstenernte zu decken. Das Zusatzkontingent ist nur für die in Bayern rechts des Rheins belegenen Brauereien, nicht aber für die pfälzischen Brauereien festgesetzt worden.

Nach dem aufgestellten Wirtschaftsplan besteht die Erwartung, daß die nunmehr wesentlich herabgesetzten Malzkontingente gleichmäßig werden beliefert werden können. Diese Erwartung ist indessen an die Voraussetzung geknüpft, daß nicht unvorhergesehene Verhältnisse eine Aenderung des Wirtschaftsplanes notwendig machen. Ein Rechtsanspruch der Brauereien auf Belieferung in Höhe der festgesetzten Kontingente besteht nicht.

Aus dem Gerichtssaal

Versuchter Einbruch

Vor einigen Monaten war der Arbeiter Schulze zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt worden, weil er mit einem Manne, den er nicht kennen wollte, in der Burgstraße einen Einbruch versucht hatte. Der Unbekannte hatte die Hoftür aufgeschlossen und war dann eingetreten. Die beiden wurden jedoch verscheucht und Sch. am nächsten Tage festgenommen. Jetzt hat Sch. einen gewissen Lausch, der sehr hart bestraft ist, als denjenigen angegeben, der die Tür aufgeschlossen habe. Schulze wollte dadurch erreichen, daß er ein Wiederaufnahmeverfahren anhängig machen könnte. Er wollte dadurch beweisen, daß Lausch nicht einbrechen, sondern nur jemand besuchen wollte. Lausch der festgenommen ist, will jedoch nicht der fragliche Mann gewesen sein. Die Hallesche Strafkammer glaubte ihm jedoch nicht, sondern verurteilte ihn gleichfalls zu drei Jahren Zuchthaus.

Unverbesserlich

Der häufig vorbestrafte Kupferschmied Nagel hatte einem Pferdehändler, nachdem er mit ihm gezecht, Rock und Weste gestohlen. Dann war er nach Delitzsch gefahren und hatte sich unter falschem Namen eingemietet. In Delitzsch stahl er dem Sohne eines Pferdehändlers ein Rad, wurde jedoch später gefaßt. Er wird noch von verschiedenen Seiten steckbrieflich gesucht. Jetzt mußte er sich wegen der beiden erwähnten Diebstähle vor der Halleschen Strafkammer verantworten. Das Gericht billigte ihm noch einmal mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Börsen- und Handelsteil

Wochenübersicht der Reichsbank

Aktiva

Metallbestand (Bestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 M berechnet):

	M		M
	2 535 414 000	Zun.	308 000
davon Goldbestand	2 518 873 000	Zun.	114 000
Bestand an Reichs- und Darlehnskassenscheinen	228 101 000	Abn.	35 978 000
do. an Noten anderer Banken	7 941 000	Zun.	2 502 000
do. an Wechseln, Schecks und diskontierten Schatzanweisungen	7 867 568 000	Abn.	63 121 000
do. an Lombardforderungen	12 881 000	Zun.	1 828 000
do. an Effekten	88 141 000	Abn.	2 120 000
do. an sonst. Aktiv.	758 108 000	Zun.	82 481 000

Passiva.

Grundkapital	180 000 000	unverändert	
Reservefonds	85 471 000	unverändert	
Betrag der umlaufenden Noten	7 471 529 000	Zun.	69 659 000
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeiten	3 294 978 000	Abn.	128 687 000
Sonstige Passiva	466 121 000	Zun.	44 453 000

Der Ausweis läßt wiederum eine Entlastung des Instituts durch dem Konto der Anlage erkennen und gleichzeitig eine Belastung, hervorgerufen durch den starken Bedarf des Verkehrs an Zahlungsmittel. Der Goldbestand hat in der Berichtswoche auf 2518 87 Mill Mark zugenommen. Der Silberbestand hat sich auf 16,5 und der Bestand an Reichskassenscheinen auf 11,1 Millionen Mark erhöht.

Devisenkurse

Berlin, 20. Dezbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.63	5.64
Holland	238¾	239¾
Dänemark	168	169¾
Schweden	171¾	172¾
Norwegen	165¼	165¾
Schweiz	116¾	117¼
Oesterreich-Ungarn	63.95	64.05
Bulgarien	79¼	80¼

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 20. Dez. Kennzeichnend für den heutigen Börsenverkehr war die Festigkeit der Rüstungswerte, denen sich die hauptsächlichsten Bergwerks- und Hüttenaktien anschlossen. Als wesentlich sind Rhein-Metall-Aktien hervorzuheben. Im übrigen zeigte die Börse wenig Interesse. Schiffahrtsaktien neigten weiter zur Schwäche. Am Anlagemarkt behauptete sich der Kursstand. Für 3- und 3½proz. deutsche Anleihen bestand Nachfrage. Geld flüssig.

Produktenbericht

Berlin, 20. Dez. Im heutigen Produktengeschäft standen kleine Posten Rüben zur Verfügung, die in Kähnen für Sachsen bestimmt, wegen des Transportrisikos bereits hier abgeladen wurden. Die große Nachfrage konnte natürlich bei weitem nicht befriedigt werden. Heu und Stroh blieben andauernd sehr knapp, letzteres weil vieles an die Papierfabriken geht. Ferner zeigte sich großes Interesse für Rotklee und Lugerne.

+ Zuckerraffinerie Halle Akt.-Ges. in Halle a. S. In der gestrigen Generalversammlung wurde von der Verwaltung ausgeführt, daß die Kohlenbeschaffung neuerdings Schwierigkeiten bereite. Man könne noch nicht sagen, ob die Fabrik nicht schließlich noch zur Unterbrechung des Betriebes gezwungen werden würde. Die unzureichende Kohlenzufuhr habe für die zweite Hälfte des November bereits einen Rückgang zur Verarbeitung von 40 und für die erste Hälfte des Dezember einen Rückgang von 60 Prozent gebracht. Ein Aktionär brachte Gerüchte zur Sprache, die vor Monaten an der Leipziger Börse umliefen, daß nämlich die Zuckerraffinerie Halle wieder eine Dividende von ungefähr 80 Prozent zahlen werde, was ungewöhnliche Kurssteigerungen zur Folge gehabt habe. Von der Verwaltung wurde ausgeführt, daß auch ihr jene Gerüchte aus Leipzig zu Ohren gekommen sein. Die Raffinerie Halle habe auf Grund dieser Gerüchte einen Kursstand von 214 Prozent erlangt. Als dann 18 Prozent Dividende bekannt wurden, seien die Kurse natürlich wieder gewichen. Die Versammlung erteilt den Verwaltungsorganen Entlastung und setzt die Dividende auf 18 Proz. fest. Die Stelle des verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden Riedel soll erst in der nächsten Generalversammlung besetzt werden.

— Gewerkschaft Salzmünde (Kalkwerk). Der Grubenvorstand hat beschlossen, an diejenigen Gewerken, die am 21. d. Mts. in dem Gewerkenbuche als solche verzeichnet sind, eine Weihnachtsausbeute von 250 Mk. pro Kux zu zahlen.

— Von der fünften Kriegsanleihe steht jetzt das endgültige Ergebnis fest. Es beträgt 10 Milliarden 698994000 Mark. Bis 15. Dezember waren auf die fünfte Kriegsanleihe 9682 Millionen Mark gleich 90,5 Proz. des Zeichnungsergebnisses voll bezahlt worden.

— Hirsch, Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. in Halberstadt-Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen auf 15 Millionen Mark. Wie die Verwaltung ausführte, scheine es den Organen der Gesellschaft wünschenswert, durch Angliederung neuer Unternehmungen den Weg für die Friedensarbeit zu bahnen. Von den besonders in die Erscheinung tretenden Beteiligungen sind zunächst zu erwähnen die Kursächsische Braunkohlen-, Gas- und Kraftgesellschaft m. b. H.

W. Postscheckverkehr mit Belgien. Am 1. Januar 1917 wird der Post-Ueberweisungsdienst zwischen Deutschland und Belgien wieder aufgenommen. Der Verkehr wird in der Reichswährung durchgeführt. Die Abschnitte der Ueberweisungen dürfen zu Mitteilungen nicht benutzt werden. Der Höchstbetrag einer Ueberweisung ist nicht beschränkt.

Letzte Telegramme

250 800 Mann Verluste des rumänischen Heeres

Berlin, 20. Dez. Die Verluste des rumänischen Heeres beziffern sich laut verschiedenen Morgenblättern auf 280 800 Mann, darunter 7930 Offiziere.

Wetterbericht

Im größten Teile Norddeutschlands sind gestern verbreitete und anhaltendere Schneefälle aufgetreten, die im Nordosten auch heute früh noch andauern; im allgemeinen blieben sie gering. Die Temperatur ist allenthalben gesunken, im Südwesten bis zu 9 Grad unter Null (Mülhausen). Auch im Dienstbezirk verschärfte sich infolge der klaren Nacht der Frost bis zu —4 Grad. — Aussichten für Donnerstag: Neblig-trübes, vorwiegend trockenes Frostwetter.

Verantwortlich:

für den politischen Teil i. V.: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mielchner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612212-12/fragment/page=0004